

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 1. Nov. In der am 30. Oct. gehaltenen ersten Sitzung der Bundesversammlung nach Beendigung der Ferien legte das Präsidium das Beglaubigungsschreiben des vom Könige von Sardinien zum Ministerresidenten bei dem Bunde ernannten Grafen v. Barral vor, und es wurde dessen Anerkennung in gedachter Eigenschaft beschlossen. Dasselbe gab ferner der Versammlung Kenntniß von sämmtlichen im Laufe der Vertagung eingegangenen Vorstellungen und Gesuchen, welche sofort den betreffenden Ausschüssen zur weiteren Behandlung überwiesen wurden. Der preussische Gesandte machte in Bezug auf die Verhältnisse Neuenburgs und auf die dortselbst im September d. J. eingetretenen Ereignisse eine ausführliche Mittheilung, die zur Vortragserstattung an einen alsbald hierfür niedergesetzten besondern Ausschuss überwiesen wurde. Mehrere Gesandten zeigten die erfolgte Einbezahlung der von ihren höchsten Regierungen zugesicherten Beiträge zur Unterstützung der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde an; andere überreichten zum Dienstgebrauch für die Militärcommission Notizen über die in den betreffenden Bundesstaaten bestehenden Eisenbahnen. Ferner wurden in Bezug auf den Stand und die Musterung des Bundesheeres sowie auf den Vollzug der revidirten Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung von mehreren Seiten Anzeigen und Vorlagen gemacht. Aus Anlaß des Beschlusses vom 14. Febr. d. J. ließen zwei Regierungen erklären, daß in den betreffenden Staaten besondere Bestimmungen zum Schutz telegraphischer Depeschen gegen Nachdruck nicht bestehen, und daß es ihnen auch nicht nöthig oder angemessen erscheine, derartige Bestimmungen zu erlassen. Der Gesandte der Freien Städte endlich überreichte statistische Zusammenstellungen und Ausweise über die Bewegungen des Handels und der Schifffahrt in Hamburg während des letztverwichenen Jahres. Bei den gepflogenen Abstimmungen über denselben noch vor der Vertagung erstattete Vorträge bewilligte schließlich die Versammlung einem früheren Kanzleibediensteten der Bundesversammlung Unterstützungen aus Bundesmitteln.

Nach einer Mittheilung des telegraphischen Correspondenz-Bureau hat der Ausschuss der aus den Vertretern von Oesterreich, Preußen, Baiern, Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen-Darmstadt besteht, in seiner Sitzung am 1. Nov. sich für die preussischen Anträge ausgesprochen.

Preußen. — Berlin, 2. Nov. Die Situation hat sich insofern geändert, als die Erwartung, daß der Sultan die Entlassung seiner Minister schließlich doch wol annehmen werde, sich nicht bestätigt hat. Die nothwendige Folge davon ist die Aufrechthaltung des von den Pfortenministern gefassten Beschlusses, resp. die nunmehrige Notificirung desselben an die Höfe von Wien und London. Dem Gesagten liegt bereits die hierauf bezügliche Thatsache zugrunde. Wenn die betreffende officiöse Presse nun gleichwol noch immer auf ihren Démentis verharret, so kann sich das höchstens auf eine Wortklauberei, nicht aber auf das Wesen der Sache beziehen. Daß man in Wien und London, trotz dieser nunmehrigen Lage der Sache, gleichwol noch immer fortfahren wird, Dasjenige zu thun, was man, um die gehörige Ausführung des Friedensvertrags oder was sonst zu erlangen, für nöthig hält, haben wir schon früher bemerkt, und wir brauchen darum für jetzt auf diesen Punkt nicht weiter zurückzukommen. Uebrigens ist wohl zu bemerken, daß auch bei lediglicher Betrachtung der äußeren und formellen Lage der Dinge von einem 'eigentlichen und durchgreifenden Siege der französischen Politik noch immer nicht die Rede sein kann. Insofern es sich nämlich um die äußere Ausführung des Friedensvertrags handelt, konnten die türkischen Minister dem Drängen des Hrn. de Thouvenel umso mehr nachgeben, als ihnen die Räumung des Schwarzen Meeres und der Donaufürstenthümer am Ende doch nur selbst angenehm sein kann; insofern es sich aber um die Hauptsache, nämlich um die ungeschmälerte Ausführung der die künftige Organisation der Donaufürstenthümer betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrags handelt, gehen sie mit Oesterreich und England noch immer Hand in Hand. Der auf die Einberufung der beiden Divans ad hoc sich beziehende großherrliche Ferman, in welchem die Inbetrachtung der Vereinigungsfrage der beiden Divans geradezu verboten wird, legte das klarste Zeugniß dafür ab. Die französische Diplomatie muß also noch entschieden weitere Erfolge erzielen, bevor sie sich eines wirklichen Sieges rühmen kann, und daß man dies auf französischer Seite auch sehr gut fühlt und weiß, das geht aus der officiösen Meldung der pariser Revue contemporaine hervor, nach welcher die französische und die russische Diplomatie in Konstantinopel die nöthigen Einwendungen gegen die Fassung des im Entwurfe vorliegenden großherrlichen Fermans bereits gemacht hat. Inzwischen haben die mancherlei Bedenken, zu welchen die gegenwärtige Situation auch noch in so mancher andern Beziehung Veranlassung gibt, der Diplomatie die Ueberzeugung bei-

gebracht, daß es gerathen sein dürfte, Das zustande zu bringen, durch welches eine geeignete Ausgleichung der sich gegenüberstehenden Differenzen am füglichsten herbeizuführen wäre, nämlich die schon längst projectirte, aber verschiedener Widerreden wegen zur Zeit noch hinausgeschobene zweite Pariser Conferenz. Ein Weiteres als dieses Allgemeine läßt sich für jetzt noch nicht sagen. Die Diplomatie ist zu dem angedeuteten Zweck eben sehr thätig; das Resultat dieser Bemühungen ist abzuwarten. — Wir haben seinerzeit hervorgehoben, daß die von einigen Mittelstaaten aus Anlaß der jüngsten diesseitigen Circulardepesche über die neuenburger Frage nach Berlin gemachten Rückfragen keinerlei Punkte betrafen, durch welchen die projectirte Behandlung der Sache am Bundestage eine Verzögerung erleiden könnte. Die volle Richtigkeit dieser unserer Angabe geht am besten aus dem Umstande hervor, daß, wie der Telegraph meldet, der preussische Antrag bereits am 30. Oct. in der Bundesversammlung gestellt worden ist. Aus dem Umstande, daß der für diesen Antrag ernannte Ausschuss schon zwei Tage nachher, nämlich schon am 1. Nov., seine Sitzung abgehalten hat, dürfte hervorgehen, daß man schon vorher, wie wir ebenfalls schon früher angedeutet haben, über Alles einig war, und daß es demnach zur entsprechenden Beschlussfassung durch den Bundestag nur noch der äußern Erfüllung des einmal vorgeschriebenen bundestätigen Geschäftsganges bedarf. Die nächsten Tage werden nun zur Abfassung des von dem Ausschuss zu erstattenden Berichts verwendet und der Beschluss selbst wahrscheinlich bereits am 6. Nov. von der Bundesversammlung gefasst werden. Für den Sinn des von Preußen gestellten Antrags ist die bekannte Circulardepesche der diesseitigen Regierung maßgebend, und die Bundesversammlung wird sich in ihrem Beschluss demnach aussprechen 1) für die Anerkennung des Rechts Preußens auf Neuenburg, nach dem Vorgange des Londoner Protokolls von 1852; 2) zu Gunsten der gefangenen neuenburger Royalisten. An diese beiden Hauptpunkte wird sich dann schließlich noch der Vorbehalt der in dieser Sache etwa noch weiter zu fassenden Beschlüsse anknüpfen. — Heute Vormittag ist die allgemeine Kirchenconferenz durch einen feierlichen Gottesdienst in der Schloßkirche eröffnet worden. Der König und die Königin, die hier anwesenden Prinzen, die Minister u. wohnen diesem Gottesdienst bei. Die Sitzungen der Conferenz beginnen morgen. Daß dieselben im Schloß Monbijou stattfinden, ist schon früher mitgetheilt worden. — Wie eine zuverlässige Nachricht aus München meldet, ist der vor etwa einem Jahre an die Stelle des Hrn. Dönniges zum Bibliothekar des Königs ernannte Professor Löher aus Göttingen von diesem Posten wieder entlassen worden. Vielleicht dürfte mit diesem bis jetzt noch nicht bekannt gewordenen Umstande die jüngste Anwesenheit des Hrn. Dönniges in München in einige Verbindung zu bringen sein.

— Berlin, 1. Nov. Der Prinz Adalbert soll, wie man in hiesigen Kreisen versichern hört, die ihm von der Universität Greifswald zuertheilte Doctorwürde abgelehnt haben. Diese Ablehnung wird mit der Auffassung, die hier, wie nicht in Abrede zu stellen ist, vielfach verbreitet ist, daß nämlich den greifswalder Promotionen theilweise eine politische Kumbung zum Grunde liege (?), in Verbindung gebracht. Man will hier sogar behaupten, daß auch noch andere Ablehnungen erfolgen würden. Die Angelegenheit wird in hiesigen höhern Kreisen noch immer sehr lebhaft besprochen. — Heute tritt hier das Landesökonomiecollegium zur Berathung in einer wichtigen Sache zusammen. Das Justizministerium und das Handelsministerium haben sich nämlich dafür ausgesprochen, daß der gesetzlich beschränkte Zinsfuß bei Darlehen von Capitalien aufgehoben und die Feststellung desselben der freien Concurrenz im Handel und Verkehr überlassen werden solle. Es handelt sich mithin um die Aufhebung der bisher gültigen Buchergesetze, welche Maßregel von vielen Handelskammern des preussischen Staats als sehr wünschenswerth bezeichnet worden ist, weil dadurch dem schimpflichen Bucher am nachhaltigsten entgegengewirkt werden könne. Das landwirthschaftliche Ministerium hat, wie man hört, in Erwägung, daß der Realcredit durch eine gänzliche Aufhebung der Buchergesetze benachtheiligt werden könne, Bedenken gegen die beabsichtigten Maßnahmen erhoben, und das Landesökonomiecollegium aufgefordert, sein Gutachten darüber abzugeben, welchen Einfluß die Aufhebung der Buchergesetze voraussichtlich auf die Interessen der Landwirthschaft im Staate ausüben würde. Auf dieses Gutachten des bezeichneten Collegiums ist man deshalb sehr gespannt, weil die vorgebachten Interessen in Preußen tief in die Tasche fallen. — Die Bestrebungen des Skandinavismus sind hier bereits früher ein Gegenstand der Aufmerksamkeit gewesen; in neuester Zeit hat sich diese Aufmerksamkeit in dem Maße erhöht, als das eigentliche Ziel, welches den skandinavischen Bestrebungen zum Grunde liegt, immer deutlicher und unverkennbarer hervortritt. Wer nur einigermaßen nicht blind für Das ist, was in den drei skandinavischen Staaten vor sich geht, wird dem Ausdruck des Preussischen Wochenblatt beistimmen, daß der Skandinavismus bereits